

Bundestagswahl, 26. September 2021

Wahlprüfsteine der ASA

CDU CSU **DIE LINKE.**



Freie
Demokraten
FDP



**Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische
Abfallbehandlung e.V. (ASA)**

Westring 10

59320 Ennigerloh

Im Vorfeld der diesjährigen Bundestagswahl am 26. September 2021 hat die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung e.V. (ASA) gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen Wahlprüfsteine erarbeitet.

Die Mitgliedsunternehmen wurden gefragt, welche Themen der Abfallwirtschaft für sie in der kommenden Legislaturperiode von besonderer Bedeutung sind und welche Fragen sie an die Politik stellen möchten. Der daraus entstandene Fragenkatalog spiegelt die Vielfalt der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider, die Einfluss auf den Erfolg oder Misserfolg der Unternehmen in der Abfallwirtschaft haben können.

Die wichtigsten Daten der Kreislaufwirtschaft im Überblick:

Siedlungsabfallaufkommen von ca. 45 Millionen Tonnen pro Jahr, davon

- ca. 28,5 Millionen Tonnen werden getrennt erfasst und verwertet,
- ca. 16,7 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle zur Entsorgung,
- ca. 5,5 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle (etwa 35 Prozent) werden in Mechanischen (MA) und Mechanisch-Biologischen Anlagen (MBA) stoffspezifisch behandelt.

MBA verarbeiten fast 3,8 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle.

Mit einem Umsatz von über 85 Milliarden Euro, rund 310.000 Beschäftigten und 11.000 Anlagen gehört die Entsorgungswirtschaft zu den größeren Branchen der deutschen Volkswirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

Sie ist sowohl mittelständisch, als auch durch etliche große Unternehmen geprägt. Private und kommunalwirtschaftliche Aufgaben sind eng miteinander verzahnt und garantieren so, dass das Verursacherprinzip, auf dem das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufbaut, effektiv durchgesetzt wird.

Wir haben bei folgenden Parteien nachgefragt:

- CDU / CSU,
- SPD,
- FDP,
- Bündnis 90 / Die Grünen,
- Die Linke,
- Alternative für Deutschland,
- Piratenpartei,
- Volt,
- Freie Wähler.

Nachfolgend finden Sie die Antworten der Parteien und je Themenbereich eine nicht abschließende Zusammenfassung. Nicht abgebildete Parteien haben keine Rückmeldung gegeben.

I. Funktionierende Kreislaufwirtschaft

1) Wie sieht für Ihre Partei eine funktionierende Kreislaufwirtschaft aus?

CDU / CSU:

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 1 und 2:

Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen. Sie schont natürliche Ressourcen, spart Energie und Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Das Ziel von CDU und CSU sind Rohstoffe „Made in Germany“. Wir wollen die Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe einsetzen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem Ausland. Wir werden Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu entwickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen zu verbessern.

SPD:

Das Ziel der SPD ist eine echte, nachhaltig ausgerichtete Kreislaufwirtschaft, um die knappen natürlichen Ressourcen nicht länger zu verschwenden. Wir müssen sie gebrauchen statt sie zu verbrauchen und mit Hilfe Erneuerbarer Energien und moderner Recyclingtechnologie wieder nutzbar machen. Wir streben einen Kreislauf an, in dem es fast keine Abfälle mehr gibt, sondern nur noch wiederverwertbare Materialien. Nachhaltige Kreislaufwirtschaft in diesem Sinne bedeutet auch, dass kaum noch Primärrohstoffe verwendet werden, sondern recycelte Produkte und, da wo es nicht möglich ist, Sekundärrohstoffe. Darüber hinaus sollten Produkte möglichst lange genutzt werden. Ist dies nicht mehr möglich, werden sie nicht gleich auf der Material- oder Stoffebene recycelt, sondern repariert, renoviert oder wiederaufbereitet. Die Kreislaufwirtschaft ist schon heute Rohstofflieferant und gleichzeitig Motor für Jobs und Wohlstand in Europa und Deutschland.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die mittelständisch geprägte Kreislaufwirtschaft in Deutschland fit für die Zukunft machen und sie zu Investitionen in neue Technologien befähigen. Durch die geringen Rohölpreise sind die hergestellten Recycling-Produkte mit Neuware kaum konkurrenzfähig. Gleichzeitig müssen die Unternehmen in neue Technologien investieren, um die Recyclingquoten der EU zu erfüllen und beste Rezyklat-Qualitäten für die Industrie zu garantieren. Wir werden die Recyclingwirtschaft stärken, damit sie ihrer Rolle auch gerecht werden kann.

Außerdem wollen wir eine europaweit einheitliche Sammlung von Abfällen, um eine effiziente Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. In Europa ist die Sammlung von Abfällen noch immer so unterschiedlich, dass ein Handel damit nicht möglich ist. Zudem verhindern bürokratische Hürden oftmals den europaweiten Handel mit sekundären Rohstoffen. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die Sammlung von Abfällen zu harmonisieren, damit sich Investitionen in spezialisierte Recyclinganlagen schneller lohnen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft müssen Hersteller*innen und Müllverursachende in allen Sektoren stärker in die Verantwortung genommen, das Konzept der Kreislaufwirtschaft muss ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Produkten berücksichtigt werden. U.a. werden wir dafür das bisherige Lizenzgeld für Plastikverwertung zu einer Ressourcenabgabe weiterentwickeln. Das Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling fördert. Das Thema Kreislaufwirtschaft muss von Deutschland im europäischen Green Deal ehrgeizig insb. in den Bereichen Rezyklateinsatzquoten und Ökodesign vorangetrieben werden. Nationale Spielräume müssen besser genutzt werden.

Die Linke:

Um die natürlichen Ressourcen zu schützen und den Einsatz von Recyclingmaterial zu erhöhen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe und Einwegprodukte einführen (siehe Antwort auf Frage 8). Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recycelbarkeit zu schaffen. Für Reparaturdienstleistungen und Demontage wollen wir die Mehrwertsteuer auf 7 Prozent senken. Wir wollen quantitative Abfallvermeidungsziele einführen (siehe Antwort auf Frage 2). Einen Beitrag dazu sollen standardisierte Mehrwegsysteme leisten, die mindestens deutschlandweit in jedem Geschäft abgebar sein sollen, und das nicht nur im »To go«-Bereich, sondern auch im Versandhandel und bei Geschäften zwischen Unternehmen. Abfallbehandlung und Abfallentsorgung muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.

Piratenpartei:

In einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft muss der Einsatz neuer Rohstoffe möglichst gering gehalten werden.

2) Welche langfristigen Ziele hat Ihre Partei für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft?

CDU / CSU:

siehe Antwort zur Frage 1.

SPD:

Wir werden den Weg von unserer Wegwerfwirtschaft zu einer echten Kreislaufwirtschaft fortsetzen. Hierfür müssen wir als Gesellschaft noch mehr Abfälle vermeiden, mehr Wertstoffe im Kreislauf führen, mehr Abfallarten besser stofflich verwerten. Das "hochwertige" Recycling muss bereits bei der Planung von neuen Produkten berücksichtigt werden. Wir begrüßen die seit März 2021 geltenden Vorgaben der EU-Ökodesign-Richtlinie und setzen uns dafür ein, diese auf weitere Produkte auszudehnen. Wir brauchen einen klaren Rahmen für mehr Kreislaufwirtschaft, der aus einem Mix

aus regulatorischen Vorgaben und ökonomischen Lenkungsinstrumenten bestehen sollte. Die notwendigen Instrumente gehen über den Bereich des bisherigen Kreislaufwirtschaftsrechts weit hinaus. Unterschiedlichste Akteure wie Entsorger, Recyclingunternehmen, produzierende Unternehmen, Handel und Konsumenten müssen in einen nachhaltigen Prozess eingebunden werden. Strategien und Programme sind verstärkt auf eine zirkuläre Wirtschaft auszurichten. Denn eine so ausgerichtete Wirtschaft mit nachhaltigen Produkten ist zukunftsfähig und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir werden ein Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten, um eine sichere Lieferung der für die umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.

FDP:

siehe Antwort zur Frage 1.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Unsere langfristigen Ziele sind eine umfassende Kreislaufwirtschaft über alle Sektoren hinweg - somit auch Zero Waste und Treibhausgasneutralität. Es soll kein Müll mehr verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Auf dem Weg dorthin ist eines unserer Zwischenziele die gesetzlich verbindliche Verankerung von Abfallvermeidungszielen. Das Aufkommen an Verpackungsabfall wollen wir GRÜNE bis zum Jahr 2030 auf 110 Kilogramm pro Kopf halbieren und danach kontinuierlich weiter absenken.

Die Linke:

DIE LINKE ist der Überzeugung, dass der bisher enge Fokus auf Recycling noch keine nachhaltige Ressourcennutzung ermöglicht. Auch Recycling kostet Energie. Abfallvermeidung muss endlich auch in der Praxis zur Priorität werden. Ein quantitatives Ziel gibt es bereits im Verpackungsgesetz, den Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen von mindestens 70 %. Trotzdem sank dieser 2019 auf 41 %. Wir wollen u. a. Sanktionsmechanismen gegenüber Herstellenden schaffen, die bei Zielverfehlung greifen. Eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft orientiert sich an "Zero Waste" und kreislauffähigen Produkten. Bis 2025 wollen wir den Verpackungsabfall auf nur noch 120 Kilogramm pro Jahr und Kopf halbieren. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir insbesondere auf Mehrwegpoolsysteme, Ausweitung des Einwegpfandes und perspektivisches Verbot von Getränkekartons, Abgaben auf Einwegprodukte und Primärressourcen und sozial-ökologische Vorgaben für die öffentliche Beschaffung.

Piratenpartei:

Am Ende der Lebenszeit eines Produktes sollte dieses der Verwertung zugeführt werden, eine möglichst vollständige stoffliche Rückgewinnung erfolgen, die Deponierung auf das Mindestmaß reduziert werden.

Zusammenfassung der ASA (nicht abschließend)

CDU/CSU

- Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen
- Natürliche Ressourcen schonen
- Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern
- Rohstoffe "Made in Germany"
- Weniger Abfall
- Bauwirtschaft = KrW
- Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen verbessern

SPD

- Echte nachhaltige KrW, moderne Recyclingtechnik, verminderter Einsatz von Primärrohstoffen, da wo möglich Sekundärrohstoffe
- KrW Rohstofflieferant und Motor für Jobs und Wohlstand
- Hochwertiges Recycling
- Wir brauchen klaren Rahmen für die KrW

FDP

- Effiziente KrW
- Europaweit einheitliche Sammlung, um effiziente KrW zu ermöglichen
- Sammlung von Abfällen harmonisieren

Grüne

- Umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie
- Datengrundlage verbessern
- Müllverursachende in allen Bereichen stärker in die Verantwortung nehmen (Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung)
- Verpackungsgesetz wird Wertstoffgesetz

Linke

- Klimafreundliche Technologien fördern und dadurch Druck auf Ressourcen verstärken
- Ressourcenverbrauchsabgabe
- Reparaturdienstleistungen und Demontage mit 7% Mehrwertsteuer
- Abfallbehandlung und Abfallentsorgung muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand
- nachhaltige KrW orientiert sich an "Zero Waste"

Piraten

- Einsatz möglichst neuer Rohstoffe gering halten
- Deponierung auf ein Mindestmaß reduzieren

II. Klimaschutz

3) Welche Möglichkeiten wird Ihre Partei nutzen, um den Rezyklateinsatz zu stärken?

CDU / CSU:

Mit der Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien werden nutzbare Rezyklate, also aus Recyclingprozessen gewonnene Produkte entstehen, die am Markt gegenüber Primärmaterialien bestehen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Einsatz von Rezyklaten in der EU wie auch in Deutschland zu fördern. Um die Nutzung von Rezyklaten, insbesondere im Kunststoffbereich deutlich zu verbessern, wollen wir auch verbindliche Ziele für ihren Einsatz in bestimmten Bereichen prüfen.

SPD:

Wir setzen uns für eine weitreichendere Förderung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen und Rezyklaten und für gut funktionierende Absatzmärkte und Einsatzmöglichkeiten von Recyclingprodukten auch in der öffentlichen Beschaffung ein. Hierzu können gesetzliche Vorgaben, finanzielle Anreize und auch Recyclinglabels beitragen. Produkte, bei denen Primärrohstoffe durch Recyclingmaterialien oder Sekundärrohstoffe ersetzt werden, schonen Ressourcen und tragen zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Dazu braucht es verlässliche und praktikable Rahmenbedingungen für die Recyclingbranche. Wir wollen Hemmnisse für eine werkstoffliche Verwertung wie zum Beispiel Zusatzstoffe, die die Recyclingfähigkeit einschränken, die zunehmende Verwendung von Verbunden, die gemischte Sammlung und die mangelnde Wirtschaftlichkeit abbauen.

FDP:

Zudem wollen wir Freie Demokraten technologieoffenes Recycling in Deutschland ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, um letztlich eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Grundsätzlich müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden, damit größere Mengen und reinere Stoffe in den einzelnen Fraktionen anfallen. Auch EU-weite Pfandsysteme können dabei helfen. Um die Sammlung und Sortierung zu erleichtern setzen wir GRÜNE auf einen digitalen Produktpass, der Unternehmen und Verbraucher*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design, CO₂-Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft nötig sind. Darüber hinaus wollen wir auf EU-Ebene verbindliche material- und produktspezifische Einsatzquoten einführen, über Klimaverträge und Klima-Quoten den Einsatz von Rezyklaten fördern, digitale Material-Marktplätze einrichten sowie Standards schaffen, um z. B. Downcycling zu vermeiden.

Die Linke:

Die in der Antwort auf Frage 8 beschriebene Abgabe auf Primärressourcenverbrauch ist unser zentrales Werkzeug, den Anteil an Recyclingmaterial in Verpackungen aber auch allen anderen Produktgruppen erheblich zu steigern. Außerdem sollen soziale und ökologische Kriterien wie auch der Anteil an Recyclingmaterial bei der öffentlichen Beschaffung ausschlaggebend sein. Bisher ist die Pflicht, ökologische Produkte zu bevorzugen, durch diverse Einschränkungen faktisch außer Kraft gesetzt. Das wollen wir ändern.

Piratenpartei:

Wir wollen eine Verbesserung der Sammel- und Trennsysteme, um mehr und hochwertigeres Rezyklat zu gewinnen, erreichen.

4) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei für die Kreislaufwirtschaft zum Klimaschutz beizutragen?

CDU / CSU:

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 4 und 7:

CDU und CSU wollen Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenstehen, abbauen und vermeiden – in Deutschland und in der EU. Dazu gehört ein Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und vor allem kunststoffhaltige Abfälle. Zudem wollen wir die Forschung zu Re-Oil-Verfahren unterstützen und auch das chemische Recycling fördern.

SPD:

Durch das Verbot der Deponierung unbehandelter Abfälle, das Recycling trockener Wertstoffe, die Bioabfall-, die Altpapierverwertung, die Verwertung von Metallschrotten und Verpackungen aber auch die Einsparung von Roh- und Brennstoffen durch stoffliche und energetische Verwertung wurden in den letzten 20 Jahren mehr als 87 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂)-Äquivalente pro Jahr eingespart. Weitere Reduzierungspotentiale liegen in der Verbesserung der Energieeffizienz der energetischen Verwertung und des Recyclings sowie in einer verstärkten Nutzung von Bioabfällen. Durch konsequente Umsetzung der Abfallhierarchie, insbesondere durch die Getrennthaltung von Abfällen, ihre Vorbehandlung, durch Recycling und die Steigerung der Ressourceneffizienz wird angestrebt, die im Abfall gebundenen Stoffe und Materialien möglichst vollständig zu nutzen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen senkt die CO₂-Emissionen, führt zu geringeren Material- und Energiekosten und trägt maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele bei.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Eine umweltschonende Kreislaufwirtschaft ist auch eine klimafreundliche (siehe Frage 1). Wir sehen eine der Kernherausforderungen darin, dass alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland endlich in eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einsteigen. Zusammen mit den relevanten Stakeholdern wollen wir GRÜNE eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie erstellen. Voraussetzung ist hierbei eine Datengrundlage, die unsere aktuelle Situation nicht weiter schön rechnet. Wir brauchen eine klare Analyse der Stoffströme und damit auch eine Auswertung, wie Stoffkreisläufe geschlossen werden und diesem Ziel entgegenstehende Stoffe ausgeschleust werden können oder erst gar keinen Eingang in Stoffströme finden. Zusatzstoffverbote sowie die Einführung von Produktpässen können dabei helfen.

Die Linke:

Klimafreundlichere Technologien verstärken den Druck auf unsere Ressourcen. DIE LINKE sieht diese Debatte in den bisherigen Klimaschutzmaßnahmen als sträflich vernachlässigt an. Wir wollen unsere Ziele im Bereich Kreislaufwirtschaft durch die in den anderen Antworten bereits genannten Instrumente erreichen. Bei einer Ausdehnung des Brennstoffemissionshandels auf den Bereich der Abfallverbrennung schätzen wir die Lenkungswirkung in Anbetracht der erwartbaren sozialen Verwerfungen als zu gering ein. Insbesondere in Großwohnanlagen ist der Anreiz zu trennen nicht wirksam, da der Aufwand für die Einzelperson relativ hoch ist, die Einsparungen jedoch durch Verteilung auf alle Mietparteien niedrig. Die individuelle Kontrolle über die Abfallmengen ist folglich zu gering. Dieses Problem würde bei der Ausdehnung des Emissionshandels fortbestehen. Wir würden stattdessen über das Immissionsschutzrecht gehend höhere ökologische Standards für die Abfallverbrennung setzen wollen.

Piratenpartei:

- Reparaturmöglichkeit und Wiederverwendung von Produkten
- einfache Demontage
- Rückgewinnung von Rohstoffen
- Herstellung von Pflanzenkohle

Zusammenfassung der ASA (nicht abschließend)

CDU/CSU

- Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien
- Nutzbare Rezyklate die am Markt gegenüber Primärmaterialien bestehen
- Förderungen des Einsatzes von Rezyklaten in der EU und DE
- Nutzung von Rezyklaten, insbesondere im Kunststoffbereich deutlich verbessern → verbindliche Ziele in bestimmten Bereichen prüfen

SPD

- Förderung des Einsatz von Sekundärrohstoffen und Rezyklaten
- Verbesserung der Energieeffizienz
- Konsequente Umsetzung der Abfallhierarchie

FDP

- Stärkung der Recyclingwirtschaft, damit sie ihrer Rolle gerecht werden kann

Grüne

- EU-weite Pfandsysteme
- Klimaverträge und Klima-Quoten, um den Einsatz von Rezyklaten zu fördern
- Einsatz von Rezyklatquoten

Linke

- Anteil an Recyclingmaterial in Verpackungen ist erheblich zu steigern

Piraten

- Verbesserung der Sammel- und Trennsysteme, um mehr und hochwertiges Recycling zu erreichen
- Reparaturmöglichkeiten und Wiederverwendung von Produkten; einfache Demontage

III. Mehrwert organischer Stoffströme (u. a. Bioabfälle)

5) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um langfristige Rahmenbedingungen für die Behandlung von Bioabfall und den Einsatz von hochwertigem Kompost zu gewährleisten?

CDU / CSU:

CDU und CSU wollen die in dieser Legislaturperiode begonnene Aufklärungskampagne zur „Bio-tonne“ fortsetzen. Wir sehen in der Sensibilisierung einen großen Hebel, der den Einsatz moderner Sortiertechniken optimal unterstützt.

SPD:

Ein möglichst geringer Anteil an Fremdstoffen im Bioabfall ist Voraussetzung für die Herstellung hochwertiger klimafreundlicher Komposte und Gärprodukte. So vermindert sich das Risiko von Kunststoffeinträgen in die Umwelt. Mit der Novelle der Bioabfallverordnung, die z. Zt. im Verfahren ist, soll gewährleistet werden, Fremdstoffe von vornherein aus den Bioabfall-Behandlungsprozessen herauszuhalten. Ihre Kritik, die Verantwortung an alle Akteure - Abfallerzeuger, Sammler und Aufbereiter - in der Wertschöpfungskette zu adressieren, ist uns bekannt. Wir werden hierzu das weitere Verfahren im Blick behalten. Die Abfallhierarchie wollen wir einhalten und grundsätzlich der stofflichen Verwertung den Vorrang einräumen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Grundlage für die Behandlung von Bioabfall und den Einsatz von hochwertigem Kompost ist eine möglichst flächendeckende Sammlung von Biowertstoffen. Biowertstoffe gehören nicht in die Verbrennung.

Die Linke:

Die seit 2015 bestehende Pflicht für Städte und Gemeinden, Bioabfälle getrennt zu sammeln, ist noch nicht flächendeckend umgesetzt. Wir wollen evaluieren, welche Unterstützung die Kommunen für die Umsetzung benötigen, aber auch die zuständigen Aufsichtsbehörden mit rechtlichen Instrumenten ausstatten, damit sie reagieren können, falls eine Getrenntsammlungspflicht verweigert wird. Insbesondere bei Bioabfall ist Komfort und Hygiene für die Beteiligung der Haushalte entscheidend. Deswegen wollen wir festlegen, dass die Getrenntsammlung stets als Holsystem zu konzipieren ist, welches durch ein Bringsystem für Grünschnitt und Laub ergänzt werden kann. Außerdem sehen wir noch Wissensdefizite bei den Haushalten, weshalb auch der Bund Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen hierzu finanzieren sollte. Die beste Performance bei der Getrenntsammlung innerhalb einer Siedlungsform sollte jeweils zur Zielmarke werden.

Piratenpartei:

Die finanziellen Rahmenbedingungen für den Einsatz von hochwertigem Kompost sind zu verbessern.

6) Zum Klimaschutz zählt ein Zusammenspiel zwischen Treibhausgasreduktion und weiteren Faktoren. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei diese Faktoren bei der Bioabfallbehandlung zu berücksichtigen?

CDU / CSU:

CDU und CSU sehen die großen Potentiale für den Klimaschutz durch eine intakte Kreislaufwirtschaft. Im Hinblick auf die Weiterverarbeitung des Bioabfalls bedeutet dies auch, dass gemäß der fünfstufigen Abfallhierarchie gehandelt und auf diese Weise Treibhausgase eingespart werden sollte. Hierfür setzen wir die geeigneten Rahmenbedingungen.

SPD:

Durch die verstärkte stoffliche und energetische Nutzung von Bioabfällen konnten CO₂-Emissionen erheblich gesenkt werden. Bisher wird Bioabfall und Grüngut überwiegend kompostiert. CO₂-Emissionen lassen sich einsparen, wenn Bioabfall nicht nur kompostiert, sondern vergärt wird und das dabei entstehende Biogas sowohl zur Strom- als auch Wärmeproduktion genutzt wird. Bioenergie gehört wie Wasserkraft und Geothermie zu den steuerbaren erneuerbaren Energien. Aus umweltpolitischen Gründen ist uns wichtig, dass Anlagen vor allem auf die Verwertung von Abfall- und Reststoffen ausgelegt sind. Auch hierfür gilt: Die Abfallhierarchie wollen wir einhalten und grundsätzlich der stofflichen Verwertung den Vorrang einräumen.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Siehe Frage 5. Darüber hinaus müssen insbesondere aus immissionsschutzrechtlicher Sicht hohe Anforderungen an die Kompostierung und Vergärung gestellt werden. Auf diese Weise gestalten wir die Bioabfallbehandlung möglichst nachhaltig und klimafreundlich.

Die Linke:

Die Nährstoffe, die wir im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung dem Boden entziehen, müssen ihm wieder zurückgegeben werden. Die Herstellung synthetischer Düngemittel ist sehr energieaufwändig und geht mit einem hohen Ressourcenverbrauch einher. DIE LINKE hält es daher für entscheidend, den Bedarf nach synthetischen Düngemitteln durch Kompostierung der Bioabfälle zu reduzieren. Dabei streben wir eine möglichst hochwertige stoffliche und energetische Verwertung an. Durch eine vorgeschaltete Vergärung kann zusätzlich treibhauswirksames Gas eingespart werden. Wir wollen sicherstellen, dass Bioabfälle emissionsarm und nach dem Stand der Technik behandelt werden.

Piratenpartei:

Verringerung des Einsatzes von Kunstdünger, energetische Nutzung und Gewinnung von Pflanzenkohle sehen wir als sinnvolle Möglichkeiten.

Zusammenfassung der ASA (nicht abschließend)

| CDU/CSU |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Aufklärungskampagne zur „Biotonne“ fortsetzen• Sensibilisierung ist ein großer Hebel, der den Einsatz moderner Sortier-techniken optimal unterstützt• Große Potentiale für den Klimaschutz durch eine intakte Kreislaufwirtschaft• Weiterverarbeitung des Bioabfalls<ul style="list-style-type: none">→ fünfstufige Abfallhierarchie→ Treibhausgase einsparen→ geeignete Rahmenbedingungen setzen |

| SPD |
|-----|
| |

| FDP |
|-----|
| |

| Grüne |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Möglichst flächendeckende Sammlung von Biowertstoffen• Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht hohe Anforderungen an Kompostierung und Vergärung stellen• Bioabfall möglichst nachhaltig und klimafreundlich |

| Linke |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Bioabfälle getrennt sammeln• Möglichst hochwertige stoffliche und energetische Verwertung |

| Piraten |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Finanzielle Rahmenbedingungen für den Einsatz von hochwertigem Kompost verbessern• Verringerung des Einsatzes von Kunstdünger• Energetische Gewinnung und Nutzung von Pflanzenkohle |

IV. Weiterentwicklung der stoffspezifischen Abfallbehandlung

7) Welche Einsatzmöglichkeiten sieht Ihre Partei bei der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft vor allem beim chemischen Recycling und beim Einsatz von Wasserstoff?

CDU / CSU:

siehe Antwort zur Frage 4.

SPD:

Dem chemischen Recycling wird das Potenzial zugesprochen, durch Erschließung neuer, bisher nicht werkstofflich verwertbarer Abfälle das stoffliche Recycling zu stärken und damit die Erreichbarkeit gesetzlicher Quoten des Kunststoffrecyclings zu erleichtern. Nach unserem Abfallverständnis steht diese Form der Verwertung an vorletzter Stelle der Abfallhierarchie. Wo aber Wiederverwendung und Recycling nicht möglich sind, ist zu diskutieren, ob das chemische Recycling eine Alternative zur Verbrennung sein kann. Denn in dem Fall werden Primärrohstoffe gespart. Es gibt aber noch keine abschließende ökologische Bewertung des chemischen Recyclings.

Wasserstoff ist ein wichtiger Energieträger der Zukunft und perspektivisch für alle Sektoren von großer Bedeutung. Mit der 2020 beschlossenen nationalen Wasserstoffstrategie haben wir bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen, den Markthochlauf der Wasserstofftechnologien zu beschleunigen und eine grüne Wasserstoffwirtschaft in Deutschland zu etablieren. Hierfür braucht es einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien.

FDP:

Wir wollen das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings von Verpackungen zulassen und somit die rechtliche Diskriminierung dieser vielversprechenden Technologie beenden.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Mit Blick auf den aktuellen Stand der Technik und der realistischen Berücksichtigung einer mittelfristigen Weiterentwicklung ist das stoffliche Recycling dem chemischen Recycling – oder besser als rohstoffliche Rückgewinnung zu bezeichnen - deutlich überlegen und weitaus klimafreundlicher. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des von uns geforderten Einstiegs in eine umfassende Kreislaufwirtschaft und der damit verbundenen Maßnahmen (siehe Fragen 1, 3 und 4). Grüner Wasserstoff ist ein wichtiger Bestandteil der ökologischen Transformation und wird künftig klimagerecht unter Einsatz erneuerbaren Energien gewonnen werden.

Die Linke:

Solange chemisches Recycling industriellen Maßstabes diverse ökologische Probleme aufweist, sollte es nicht zugelassen werden. Ungeklärt sind in unseren Augen die Entsorgung der Lösemittel, der Energieaufwand auch zur Vorsortierung und Behandlung und die Schadstoffe in den Pyrolyse-Rückständen. Chemisches Recycling erscheint uns nur dort sinnvoll, wo das mechanische Recycling versagt. Daher bleibt unser Förderfokus auf mechanischem Recycling. Wasserstoff und dessen Folgeprodukte sollen künftig nur auf Basis von Ökostrom gewonnen und ausschließlich dort eingesetzt werden, wo keine effizienteren Alternativen dazu vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Teilen der Chemiewirtschaft, im Flug- und im Seeverkehr. Im Energiesektor soll sich sein Einsatz auf Energiespeicher mit Rückverstromung bei Dunkelflauten beschränken. Strategien, künftig auch Autos und Gebäudeheizungen mit Wasserstoff zu betreiben, lehnen wir ab. Da die Herstellung von Wasserstoff aus Ökostrom mit Umwandlungsverlusten verbunden ist, muss, wo immer möglich, die direkte Nutzung des Stroms bevorzugt werden. Bei Importen legen wir Wert darauf, dass die exportierenden Länder dadurch weder die eigene Energiewende verzögern noch ihre Wasserversorgung gefährden. Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen Quellen lehnen wir ab.

Piratenpartei:

Der Einsatz von Wasserstoff wird kritisch gesehen, solange kein grüner Wasserstoff gewonnen werden kann, die Stromproduktion also vollständig auf Erneuerbare umgestellt wird, oder der Wasserstoff nur zu den Zeiten gewonnen wird, in denen es einen Überschuss an Strom aus erneuerbaren Quellen gibt. Auch chemisches Recycling ist meist mit hohem Energieaufwand verbunden, dazu müssen auch genügend Erneuerbare zur Verfügung stehen.

Zusammenfassung der ASA (nicht abschließend)

CDU/CSU

- Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenstehen, abbauen und vermeiden
- Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und vor allem kunststoffhaltige Abfälle
- Forschung zu Re-Oil-Verfahren unterstützen
- Chemisches Recycling fördern
- CO₂ neutraler Wasserstoff
- Nationale Wasserstoffagentur

SPD

- Chemisches Recycling soll stoffliches Recycling stärken
- Chemisches Recycling kann Alternative zur Verbrennung sein
- Wasserstoff ist wichtiger Energieträger der Zukunft
- nationale Wasserstoffstrategie
- Massiver Ausbau von Erneuerbaren Energien

FDP

- Förderung eines technologieoffenen Recyclings
- Chemisches Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings

Grüne

- Stoffliches Recycling weitaus klimafreundlicher
- aktuellen Stand der Technik beachten
- Wasserstoff: Grüner Wasserstoff

Linke

- Keine Zulassung solange ökologische Probleme
- Nur dort sinnvoll, wo mechanisches Recycling versagt

Piraten

- Hoher Energieaufwand, es müssen genügend Erneuerbare zur Verfügung stehen
- Einsatz von Wasserstoff kritisch, solange kein grüner Wasserstoff

8) Welche Ideen hat Ihre Partei, um Investitionen und Innovationen in der Kreislaufwirtschaft zu stärken?

CDU / CSU:

Wir wollen Abfälle wiederverwerten und Exporte von Abfällen – insbesondere von Plastik- und Kunststoffabfällen – zur bloßen Entsorgung verbieten. Es ist uns als Union wichtig, dass wir ebenfalls zu Kunststoffalternativen weiterforschen, auch um die Vermeidung von Mikroplastik weiter voranzutreiben.

SPD:

Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern. Wir werden dazu die Innovationsförderung aufstocken, die Forschung in die mittelständische Praxis mit Partnerschafts- und Kooperationsförderungen vorantreiben und die Förder- und Kreditprogramme auch für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen. Wir fördern Zukunftstechnologien zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Wir wollen keinen Investitionsstau bei der Sortier- und Recyclingtechnologie und dass die deutsche Technologiebranche hier Vorreiter bleibt. Dafür ist ein klarer gesetzlicher Rahmen Voraussetzung. Wünschenswert wären legislative Vorgaben natürlich auf EU-Ebene, um innerhalb Europas ein level playing field zu schaffen. Aber auch Angebot und Nachfrage für neue Technologien durch öffentliche Auftragsvergabe und durch gemeinsame europäische Projekte zu stimulieren, ist zentral, um Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen.

FDP:

Ressourcenschonung bedeutet nicht nur Verzicht, sondern kann auch durch innovative Wiederverwertungstechnologien erreicht werden.

Nicht zuletzt wollen wir Freie Demokraten mit der Bioökonomie Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe. Bioökonomie ist die nachhaltige und innovative Nutzung biologischer Ressourcen und die Weiterentwicklung biologischer Prozesse. Klebstoff aus Pflanzen, Smartphone-Displays aus Zucker oder T-Shirts aus Kaffeesatz – das alles ist möglich. Wir wollen innovative Forschung zur effizienteren Nutzung von Ressourcen voranbringen und einen Beitrag für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Wirtschaft leisten. Damit verbinden wir Ökologie und Ökonomie.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Bei Investitionen und Innovationen im Bereich der Kreislaufwirtschaft steht bei uns die sozial-ökologische Transformation im Mittelpunkt. Wir GRÜNE brauchen unter anderem mehr Innovationen sowie einen beschleunigten Ausbau im Bereich erneuerbarer Energien und Investitionszuschüssen in Leuchtturmprojekte. Auch eine gezielte öffentliche Beschaffung soll Innovationen zum

Durchbruch verhelfen. Darüber hinaus wollen wir eine Deutsche Kreislaufwirtschaftsagentur als Anlauf- und Beratungsstelle für interessierte Forschungseinrichtungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen etablieren. Hier sollen beispielweise der Austausch von Best-Practice-Beispielen gefördert, deren Sichtbarkeit erhöht und die Stakeholder einer Kreislaufwirtschaft vernetzt werden.

Die Linke:

Wir wollen die EU-Steuer auf nicht recycelte Plastikverpackungen zu einer Abgabe auf Primärressourcen weiterentwickeln. Auch die anderen Materialien wie beispielsweise Papier gehen mit Umweltwirkungen wie hohem Flächenverbrauch einher. Deshalb ist für uns dieser integrierte Ansatz entscheidend. Die Höhe der Primär-Ressourcenverbrauchsabgabe soll sich an der Umweltschädlichkeit der Ressourcengewinnung sowie der gewollten Lenkungswirkung orientieren. Dies ist als lernendes und leicht nachschärfbares System zu etablieren. Zweck der Abgabe ist die Erhöhung des Anteils von Sekundärrohstoffen und somit die Schließung von Rohstoffkreisläufen. DIE LINKE will die Abgabe nicht nur auf Verpackungen, sondern auch auf alle anderen Produkte anwenden. Für die konkrete Umsetzung wollen wir das Umweltbundesamt und -ministerium beauftragen, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteur*innen einen Vorschlag zu erarbeiten.

Piratenpartei:

Hier ist deutlich in die Förderung von Forschung und Entwicklung zu investieren.

Zusammenfassung der ASA (nicht abschließend)

CDU/CSU

- Förderung von Innovationen und Sortiertechniken
- Abfälle wiederverwerten und Exporte von Abfällen – insbesondere von Plastik- und Kunststoffabfällen – zur bloßen Entsorgung verbieten
- Zu Kunststoffalternativen weiterforschen
- Vermeidung von Mikroplastik weiter vorantreiben

SPD

- Zielwert für gesamtstaatliche und private Ausgaben: weiter auf mind. 3,5% des BIP steigern
- Förderung von Zukunftstechnologien; kein Investitionsstau bei der Sortier- und Recyclingtechnologie

FDP

- Wir wollen innovative Forschung

Grüne

- Sozial-ökologische Transformation im Mittelpunkt
- Deutsche Kreislaufwirtschaftsagentur
- Förderung von Leuchtturmprojekten

Linke

- Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern
- EU-Steuer auf nicht recycelte Plastikverpackungen weiterentwickeln zu einer Absprache auf Primärressourcen

Piraten

- Am Ende der Lebenszeit sollte Produkt der Verwertung zugeführt werden
- Möglichst vollständige stoffliche Rückgewinnung